

**Fachprüfungsordnung  
für den Diplomstudiengang  
Landschaftsökologie und Naturschutz  
an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald  
vom 20. April 2005**

Aufgrund von § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 38 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landeshochschulgesetz – LHG – M-V) vom 5. Juli 2002 (GVOBl. M-V S. 398) , geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Juni 2003 (GVOBl. M-V S. 331), hat die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald folgende Satzung der Fachprüfungsordnung Landschaftsökologie und Naturschutz erlassen:

### **Inhaltsverzeichnis**

#### **Erster Abschnitt: Allgemeiner Teil**

- § 1 Regelungsgegenstand
- § 2 Dauer und Gliederung des Studiums
- § 3 Vorpraxis
- § 4 Berufspraktische Tätigkeit
- § 5 Aufbau der Prüfungen
- § 6 Prüfungsvorleistungen
- § 7 Bestehen der Prüfung
- § 8 Bildung der Fachnoten
- § 9 Bewertung der Prüfungsleistungen
- § 10 Arten der Prüfungsleistungen
- § 11 Mündliche Prüfungen
- § 12 Klausuren und sonstige schriftliche Arbeiten
- § 13 Prüfungstermine
- § 14 Zulassung zur Prüfung
- § 15 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 16 Abweichung von den Regelprüfungsterminen
- § 17 Freiversuch
- § 18 Wiederholung von Fachprüfungen und der Diplomarbeit
- § 19 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 20 Ungültigkeit der Prüfung
- § 21 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 22 Verfahren bei belastenden Entscheidungen
- § 23 Prüfungsausschuss
- § 24 Verfahren im Prüfungsausschuss
- § 25 Zentrales Prüfungsamt
- § 26 Prüfer sowie Beisitzer

#### **Zweiter Abschnitt: Diplomvorprüfung**

- § 27 Zweck der Diplomvorprüfung
- § 28 Fachliche Zulassungsvoraussetzungen
- § 29 Art und Umfang der Diplomvorprüfung

§ 30 Bildung der Gesamtnote und Zeugnis

### **Dritter Abschnitt: Diplomprüfung**

§ 31 Zweck der Diplomprüfung

§ 32 Fachliche Zulassungsvoraussetzungen

§ 33 Art und Umfang der Diplomprüfung

§ 34 Diplomarbeit

§ 35 Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit

§ 36 Verteidigung der Diplomarbeit

§ 37 Zusatzfächer

§ 38 Diplomgrad

§ 39 Bildung der Gesamtnote und Zeugnis

§ 40 Diplomurkunde

### **Vierter Abschnitt: Schluss- und Übergangsbestimmungen**

§ 41 Übergangsregelungen

§ 42 Inkrafttreten

Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Prüfungsordnung beziehen sich in gleicher Weise auf Frauen und Männer.

## **Erster Abschnitt Allgemeiner Teil**

### **§ 1 Regelungsgegenstand**

(1) Diese Prüfungsordnung regelt in den §§ 27 bis 30 das Verfahren bei Diplomvorprüfungen und in den §§ 31 bis 40 das Verfahren bei Diplomprüfungen im Diplomstudiengang Landschaftsökologie und Naturschutz. Die Vorschriften des Allgemeinen Teils (§§ 1 bis 26) gelten gleichermaßen für die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung.

(2) Folgende Sprachregelungen werden getroffen:

1. Lehrveranstaltungen können auch in anderen Sprachen als in Deutsch abgehalten werden.
2. Studien- und Prüfungsleistungen können nach Wahl des Prüfers in Deutsch oder Englisch erbracht werden. Der Prüfungsausschuss kann in Ausnahmefällen eine andere Regelung vorsehen.

### **§ 2 Dauer und Gliederung des Studiums**

(1) Die Zeit, in der in der Regel das Studium mit der Diplomprüfung als berufsqualifizierende Prüfung abgeschlossen werden kann (Regelstudienzeit), beträgt neun Semester. Die Zeit der berufspraktischen Tätigkeit ist in der Regelstudienzeit enthalten.

(2) Das Studium gliedert sich in zwei Studienabschnitte. Der erste Studienabschnitt (Grundstudium) wird mit der Diplomvorprüfung, der zweite Studienabschnitt (Hauptstudium) mit der Diplomprüfung abgeschlossen. Das Hauptstudium soll grundsätzlich erst mit bestandener Diplomvorprüfung begonnen werden. Das letzte Semester ist Prüfungssemester.

(3) Das Lehrangebot erstreckt sich über acht Semester. Der zeitliche Gesamtumfang der für den erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen im Pflicht- und Wahlpflichtbereich beträgt höchstens 179 Semesterwochenstunden. Davon entfallen auf das Grundstudium höchstens 100 Semesterwochenstunden und auf das Hauptstudium höchstens 79 Semesterwochenstunden.

### **§ 3 Vorpraxis**

Es ist eine mindestens dreimonatige praktische Tätigkeit in Natur- und Umweltschutz oder Land- und Forstwirtschaft oder Landschaftsgärtnerei in einer einschlägigen Institution in der vorlesungsfreien Zeit - spätestens bis zur Diplomvorprüfung abzuleisten, mindestens die Hälfte der Zeit davon vor Studienbeginn. Das nähere regelt die Studienordnung in § 3.

## **§ 4 Berufspraktische Tätigkeit**

(1) Während des Studiums ist eine in den Studiengang eingeordnete, dem Studienziel dienende berufspraktische Tätigkeit in einer nichtuniversitären Einrichtung zu absolvieren.

(2) Die berufspraktische Tätigkeit dauert insgesamt 4 Wochen und ist während der vorlesungsfreien Zeit des Hauptstudiums zu absolvieren. Das Berufspraktikum kann in zwei Teilpraktika geteilt werden, die in zwei verschiedenen Praktikumsstellen abgeleistet werden können. Die Dauer des Einzelpraktikums in einer Praktikumsstelle soll zwei Wochen nicht unterschreiten.

(3) Über die inhaltliche Gestaltung und die fachlichen Anforderungen der berufspraktischen Tätigkeiten erlässt der Fakultätsrat als Richtlinie eine Praktikumsordnung.

(4) Die berufspraktische Tätigkeit ist durch unbenotete Bescheinigungen der Praktikumsstellen nachzuweisen.

(5) Auf Antrag des Studierenden entscheidet der Prüfungsausschuss rechtzeitig vor Beginn des Praktikums auf der Grundlage der Praktikumsordnung über die Eignung der Praktikumsstelle. Der Antrag ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten und beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen.

## **§ 5 Aufbau der Prüfungen**

(1) Die Diplomvorprüfung besteht aus Fachprüfungen. Die Diplomprüfung besteht aus Fachprüfungen und der Diplomarbeit, die zu verteidigen ist.

(2) Fachprüfungen setzen sich aus Prüfungsleistungen (§§ 10 bis 12) in einem Prüfungsfach oder in einem fachübergreifenden Prüfungsgebiet zusammen.

(3) Inhalt und Umfang jeder Fachprüfung sind so zu gestalten, dass der Zweck der Diplomvorprüfung (§ 27) beziehungsweise der Diplomprüfung (§ 31) erreicht wird. Inhalt und Umfang jeder Fachprüfung sind so zu bemessen, dass die für die Feststellung der voraussichtlich erfolgreichen Fortsetzung beziehungsweise des erfolgreichen Abschlusses des Studiums hinreichende Breite des Prüfungstoffes gewährleistet ist.

(4) Die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung werden in Prüfungsabschnitten geteilt. Näheres regeln §§ 29, 33.

## **§ 6 Prüfungsvorleistungen**

(1) Zur Diplomvorprüfung und Diplomprüfung wird nur zugelassen, wer bestimmte Prüfungsvorleistungen nach Maßgabe der §§ 28 und 32 erbracht hat. Prüfungsvorleistungen sind Studienleistungen, über die Leistungsnachweise erteilt werden.

(2) Ein Leistungsnachweis ist die Bescheinigung einer individuellen, als Zulassungsvoraussetzung für die Diplomvorprüfung oder Diplomprüfung geforderten, mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewerteten oder mit Erfolg erbrachten, unbenoteten Studienleistung. Die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung wird grundsätzlich durch einen Leistungsnachweis nachgewiesen.

(3) Ein Leistungsnachweis ersetzt keine Prüfungsleistung. Wird ein Leistungsnachweis bewertet, geht die Note weder in die Fach- noch in die Gesamtnote ein.

## **§ 7 Bestehen der Prüfung**

(1) Die Diplomvorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Fachprüfungen der Diplomvorprüfung bestanden sind. Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Fachprüfungen der Diplomprüfung bestanden sind und die Diplomarbeit mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertet wurde.

(2) Eine Fachprüfung ist bestanden, wenn die Fachnote mindestens "ausreichend" (4,0) ist.

(3) Hat der Kandidat eine Fachprüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden oder wurde die Diplomarbeit schlechter als mit "ausreichend" (4,0) bewertet, so erteilt das Zentrale Prüfungsamt im Auftrag des Prüfungsausschusses dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch darüber Auskunft gibt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und in welcher Frist Prüfungsleistungen der Diplomvorprüfung oder Diplomprüfung wiederholt werden können. Hat der Kandidat in seinem Studiengang die Diplomvorprüfung oder die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden, erteilt das Zentrale Prüfungsamt im Auftrag des Prüfungsausschusses einen Bescheid, in dem darauf hinzuweisen ist, dass gemäß § 17 Abs. 6 Landeshochschulgesetz die Immatrikulation beendet wird.

(4) Hat der Kandidat die Diplomvorprüfung oder die Diplomprüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden und will er das Studium nicht, nicht sofort oder nicht an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald fortsetzen, so wird ihm auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung ein Notenspiegel ausgestellt, der die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die noch fehlenden Prü-

fungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Diplomvorprüfung beziehungsweise die Diplomprüfung nicht bestanden ist.

## **§ 8 Bildung der Fachnoten**

Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, errechnet sich die Fachnote aus dem Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Fachnote lautet:

bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5	= sehr gut;
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschließlich 2,5	= gut;
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschließlich 3,5	= befriedigend;
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschließlich 4,0	= ausreichend;
bei einem Durchschnitt ab 4,1	= nicht ausreichend.

## **§ 9 Bewertung der Prüfungsleistungen**

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt.

(2) Die Note für die einzelne Prüfungsleistung errechnet sich aus dem Durchschnitt der Einzelbewertungen der Prüfer. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1,0; 1,3	= sehr gut	= eine hervorragende Leistung;
1,7; 2,0; 2,3	= gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
2,7; 3,0; 3,3	= befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
3,7; 4,0	= ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5,0	= nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Die Noten 1,3; 1,7; 2,3; 2,7; 3,3 und 3,7 dienen der differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen.

## **§ 10**

### **Arten der Prüfungsleistungen**

(1) Prüfungsleistungen der Fachprüfungen können als mündliche Prüfungen (§ 11) sowie Klausuren und sonstige schriftliche Arbeiten (§ 12) erbracht werden.

(2) Macht der Kandidat durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder nur mit besonderen technischen Hilfsmitteln abzulegen, hat der Prüfungsausschuss ihm zu gestatten, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder als gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form oder mit weiteren Hilfsmitteln zu erbringen. Ein entsprechender Antrag ist von dem Kandidaten bei der Meldung zur jeweiligen studienbegleitenden Fachprüfung beziehungsweise zum jeweiligen Prüfungsabschnitt zu stellen; er ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten und beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen.

## **§ 11**

### **Mündliche Prüfungen**

(1) In den mündlichen Prüfungen soll der Kandidat nachweisen, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Durch die mündlichen Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob der Kandidat über breites Grundlagenwissen verfügt.

(2) Der Kandidat kann dem Prüfer eingegrenzte Themen als Vertiefungsgebiete benennen.

(3) Mündliche Prüfungsleistungen werden vor mindestens zwei Prüfern (Kollegialprüfung) oder vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers in Einzelprüfungen erbracht. Vor der Festsetzung der Note gemäß § 9 hört jeder Prüfer die anderen an einer Kollegialprüfung mitwirkenden Prüfer. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung wird die Fachnote errechnet, indem die Einzelnoten addiert und durch die Anzahl der Prüfer dividiert werden. Der sachkundige Beisitzer soll zum ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung vor der Festsetzung der Note gemäß § 9 von dem Prüfer gehört werden. Der Beisitzer darf nicht prüfen und nicht bewerten.

(4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungsleistung sind in einem Protokoll festzuhalten, aus dem sich die Begründung der Prüfungsentscheidung ergibt. Der Kandidat kann zu Beginn der Prüfung nach einer Belehrung durch den Prüfer auf die Begründung verzichten. Das Ergebnis ist dem Kandidaten jeweils im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(5) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sind nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zuzulassen, es sei denn, ein Kandidat widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse.

## **§ 12**

### **Klausuren und sonstige schriftliche Arbeiten**

(1) In den Klausuren und sonstigen schriftlichen Arbeiten soll der Kandidat nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden seines Faches ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden kann. Den Kandidaten eines Prüfungstermins können Themen zur Auswahl gestellt werden.

(2) Klausuren und sonstige schriftliche Arbeiten, die in dieser Ordnung geregelt sind, sind in der Regel von mindestens zwei Prüfern zu bewerten; Bewertungen sind zu begründen. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung der Klausur ergibt sich die Note für die Klausur aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. Weichen die Beurteilungen der Klausur um 2,3 oder mehr voneinander ab, so bestimmt der Prüfungsausschuss einen dritten Prüfer, der die Note in dem durch die abweichenden Beurteilungen gezogenen Rahmen festsetzt (Stichentscheid), wenn die Prüfer sich nicht einigen oder bis auf weniger als 2,3 annähern können. Das Bewertungsverfahren soll höchstens vier Wochen dauern. Die Kandidaten sind über das Ergebnis unverzüglich durch Aushang zu informieren.

(3) Klausuren und andere schriftliche Prüfungsleistungen werden nach der Begutachtung sowie dem Ablauf der Einspruchsfrist an die Studierenden zurückgegeben.

## **§ 13**

### **Prüfungstermine**

(1) Die Diplomvorprüfung soll bis zum Ende des vierten Fachsemesters abgeschlossen sein. Die Diplomprüfung soll bis zum Ende des neunten Semesters abgeschlossen sein. Die Diplomprüfung soll spätestens nach Beendigung der Vorlesungszeit des achten Fachsemesters abgelegt werden. Diplomvorprüfung und Diplomprüfung können vor diesen Zeitpunkten abgelegt werden, sofern die Zulassungsvoraussetzungen (§ 14 Abs. 1) erfüllt sind.

(2) Die Diplomvorprüfung ist so zu organisieren, dass sie bis zum Ende des vierten Fachsemesters abgeschlossen werden kann. Die Diplomprüfung ist so zu organisieren, dass sie innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann. Die Fakultäten stellen durch das Lehrangebot sicher, dass Prüfungsvorleistungen, Fachprüfungen sowie die Diplomarbeit zu den in den Fachprüfungsordnungen festgesetzten Prüfungsterminen abgelegt werden können.

(3) Die Fachprüfungen der Diplomvorprüfung und der Diplomprüfung sind in jedem Semester in einem Zeitraum von sechs Wochen im Anschluss an die Vorlesungszeit anzubieten. Der Prüfungsausschuss kann einen von Satz 1 abweichenden Zeitraum bestimmen, wenn dies erforderlich ist, um Studierenden die Teilnahme an der Prüfung zu ermöglichen, die noch Prüfungsvorleistungen zu erbringen haben. Prüfungen müssen bis zum Ende des jeweiligen Prüfungszeitraums abgelegt werden. Prüfungen, die nach dem Ende des jeweiligen Semesters abgelegt werden, bedürfen der Genehmigung des Zentralen Prüfungsamtes. Jedoch muss der Kandidat die Prüfung spätestens vor Beginn des folgenden Meldetermins (§ 14 Abs. 4) abgelegt haben. Sonst wird die nicht abgelegte Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet. Der Antrag ist schriftlich beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen.

(4) Die Studierenden sind rechtzeitig über Art und Zahl der erforderlichen Prüfungsvorleistungen und der zu absolvierenden Fachprüfungen mit den ihnen zugeordneten Prüfungsleistungen und über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, sowie über den Aus- und Abgabezeitpunkt der Diplomarbeit zu informieren. Sie werden durch Aushang in den Instituten, Fakultäten sowie im Zentralen Prüfungsamt rechtzeitig bis zum Vorlesungsende bekannt gegeben. Die im Aushang des Zentralen Prüfungsamtes genannten Termine sind bindend. Sie können nur durch das Zentrale Prüfungsamt geändert werden. Ihm sind weiterhin für jede Fachprüfung die jeweiligen Wiederholungstermine bekannt zu geben. Zu diesem Zweck erhält der Studierende bei Aufnahme des Studiums eine Prüfungskarte, auf der alle von ihm zu erbringenden Prüfungselemente terminlich vermerkt werden.

(5) Das Zentrale Prüfungsamt der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald gibt den Studierenden bei der Immatrikulation schriftlich bekannt, zu welchem Zeitpunkt unter Berücksichtigung aller Fristüberschreitungs- und Wiederholungsmöglichkeiten bei der Diplomvorprüfung und der Diplomprüfung die Rechtsfolgen des § 17 Abs. 6 Nr. 4 Landeshochschulgesetz für sie eintreten.

## **§ 14 Zulassung zur Prüfung**

(1) Zur Prüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. in dem Semester, in dem er sich zur Prüfung meldet oder eine Prüfung ablegt, zur Diplomarbeit meldet oder die Diplomarbeit abgibt im Diplomstudiengang Landschaftsökologie und Naturschutz an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald eingeschrieben und nicht beurlaubt ist,
2. ein ordnungsgemäßes Studium durchgeführt hat, d. h. alle nach der Studienordnung erforderlichen Lehrveranstaltungen (Pflicht- und Wahlpflichtbereich) absolviert hat (§ 5 StudO),
3. über die geforderten fachlichen Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung verfügt, d.h. die in der Fachprüfungsordnung nach Art und Zahl vorgeschriebenen Prüfungsvorleistungen erbracht hat (§§ 28 und 32),
4. das in § 3 vorgesehene Vorpraktikum absolviert hat,

5. die in § 4 vorgesehene berufspraktische Tätigkeit absolviert hat.

(2) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. die Studierenden in Deutschland eine entsprechende Prüfung in demselben oder einem fachverwandten Studiengang endgültig nicht bestanden haben oder
2. sie sich in einem solchen Studiengang in einem schwebenden Prüfungsverfahren befinden oder
3. die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt haben oder
4. die Unterlagen unvollständig sind und nach Aufforderung unvollständig bleiben oder
5. der Kandidat seinen Prüfungsanspruch durch Überschreiten der Fristen für die Meldung zu der jeweiligen Prüfung oder deren Ablegung gemäß § 16 verloren hat.

(3) Die Zulassung darf im übrigen nur versagt werden, wenn eine gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 erteilte Auflage nicht erfüllt wurde.

(4) Der Studierende muss die Zulassung zu jeder erstmals anzumeldenden studienbegleitenden Fachprüfung, zu jedem Prüfungsabschnitt und zur Diplomarbeit beantragen (Meldung). Bei der Wiederholung von Fachprüfungen erfolgt eine automatische Anmeldung durch das Zentrale Prüfungsamt. Die Meldung ist für die Prüfungen des Wintersemesters nur in den ersten beiden vollen Wochen des Dezember, für die Prüfungen des Sommersemesters nur in den ersten beiden vollen Wochen des Mai zulässig (Meldefrist). Es wird jeweils eine Frist gesetzt, zwischen deren Ende und dem Beginn der Prüfung mindestens vier Wochen liegen müssen. Die Meldung erfolgt in der Regel in elektronischer Form nach den von der Universität vorgehaltenen Verfahren. Zur Diplomarbeit gilt nur derjenige als gemeldet, der die Zuweisung eines Themas für die Diplomarbeit beantragt hat.

(5) Versäumt der Studierende aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen die Meldefrist des Abs. 4, sind diese Gründe dem Zentralen Prüfungsamt unverzüglich schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. Auf § 19 Abs. 2 S. 2 u. 3 dieser Prüfungsordnung wird verwiesen. Erkennt das Zentrale Prüfungsamt die Gründe an, so gilt die Meldefrist als nicht versäumt.

(6) Dem Antrag auf Zulassung sind beizufügen

1. die Nachweise über das Vorliegen der in Abs. 1 Nr. 1 bis 5 genannten Zulassungsvoraussetzungen
2. das Studienbuch sowie
3. eine Erklärung darüber, ob der Studierende bereits die entsprechende Prüfung in demselben Studiengang oder in einem fachverwandten Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder sich in einem solchen Studiengang in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

(7) Sind alle Prüfungsvorleistungen erfüllt, wird dem Kandidaten durch das Zentrale Prüfungsamt eine Zulassung erteilt. Diese Zulassung ist im Zentra-

len Prüfungsamt von den Kandidaten abzuholen und vor jeder Prüfung der dem Prüfer vorzulegen. Der Prüfling ist verpflichtet, dem Prüfer die Zulassung vorzulegen. Nur nach Vorlage der Zulassung darf der Prüfer eine Prüfung abnehmen. Eine ohne Zulassung durchgeführte Prüfung ist unwirksam.

(8) Die erteilte Zulassung gilt auch für eine etwaige Wiederholungsprüfung.

(9) Das Studienbuch ist dem Studierenden spätestens mit dem Zeugnis oder einer Bescheinigung gemäß § 7 Abs. 3 und 4 auszuhändigen. Die übrigen Unterlagen verbleiben bei der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

## **§ 15**

### **Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen**

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet, wenn sie an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in Deutschland in einem Studiengang erbracht wurden, der derselben Rahmenordnung unterliegt. Soweit die Diplomvorprüfung Fächer nicht enthält, die an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald Gegenstand der Diplomvorprüfung, nicht aber der Diplomprüfung sind, ist eine Anrechnung mit Auflagen möglich.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Studiengängen, die nicht unter Absatz 1 fallen, werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald im wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und -bewertung vorzunehmen.

(3) Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb Deutschlands erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen zu beachten. Die Anrechnungspraxis soll im Rahmen des Rechts die Bereitschaft zum Auslandsstudium fördern.

(4) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien sowie für multimedial gestützte Studien- und Prüfungsleistungen gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend; Absätze 2 und 3 gelten außerdem auch für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien sowie an Fachschulen, Ingenieurhochschulen und Offiziershochschulen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

(5) Einschlägige berufspraktische Tätigkeiten werden angerechnet.

(6) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und nach Maßgabe der Fachprüfungsordnungen in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "anerkannt" aufgenommen. Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet.

(7) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Abs. 1 bis 5 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Der Studierende hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Über die Anrechnung künftiger Studien- und Prüfungsleistungen wird auf Antrag des Studierende vorab entschieden, wenn dieser ein berechtigtes Interesse darlegt.

(8) Über die Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen entscheidet der Prüfungsausschuss. Das studentische Mitglied ist bei der Anrechnung von Prüfungsleistungen nicht stimmberechtigt.

## **§ 16**

### **Abweichung von den Regelprüfungsterminen**

(1) Meldet der Studierende sich nicht binnen der Meldefrist des 4. Fachsemesters zur Diplomvorprüfung oder meldet er sich nicht binnen der Meldefrist des 8. Fachsemesters zur Diplomprüfung, so lädt ihn das Zentrale Prüfungsamt zu einer fachspezifischen Studienberatung.

(2) Überschreitet der Studierende aus von ihm zu vertretenden Gründen die Regelprüfungstermine bei der Meldung für die Diplomvorprüfung um mehr als zwei Semester oder legt er eine Fachprüfung, zu der er sich gemeldet hat, aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht ab, so gilt diese Prüfung als abgelegt und nicht bestanden. Überschreitet der Studierende aus von ihm zu vertretenden Gründen die Regelprüfungstermine zur Meldung für die Diplomprüfung um mehr als insgesamt vier Semester oder legt er eine Fachprüfung, zu der er sich gemeldet hat, aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht ab, so gilt diese Prüfung als abgelegt und nicht bestanden.

(3) Der Prüfungsausschuss kann bei Diplomprüfungen unter Würdigung der Ursachen für die Verzögerung des Studiums Ausnahmen von Absatz 2 zulassen, wenn der Studierende nach Inanspruchnahme einer Studienberatung eine vom Prüfungsausschuss befürwortete Konzeption für die Beendigung des Studiums innerhalb von zwei Semestern vorlegt.

(4) Hat der Studierende die Gründe der Überschreitung im Sinne von Absatz 2 nicht zu vertreten, so hat er dies unverzüglich schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen; die Anzeige ist an das Zentrale Prüfungsamt zu richten. Anerkennt das Zentrale Prüfungsamt die Gründe, so wird ein neuer Termin anberaumt, der dem Studierenden durch das Zentrale Prüfungsamt schriftlich mitzuteilen ist.

(5) Die nicht zu vertretenden Gründe sowie Grundsätze zur Glaubhaftmachung und zur angemessenen Fristverlängerung werden auf Grund einer Satzung bestimmt. Bei der Berechnung der Fristen gemäß Absatz 2 werden die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und die Fristen der Elternzeit (§ 38 Abs. 7 LHG M-V) nicht mit einbezogen.

## **§ 17 Freiversuch**

(1) Hat ein Studierender nach ununterbrochenem Studium Fachprüfungen innerhalb Regeldauer des Grundstudiums oder innerhalb der Regelstudienzeit erstmals zu dem in der Prüfungsordnung vorgesehenen Regelprüfungsterminen abgelegt, so gilt die Prüfung in den Fachprüfungen, in denen sie nicht bestanden wurde, als nicht unternommen (Freiversuch). Die Prüfungsleistung gilt als erstmals abgelegt, wenn der Kandidat zugelassen wurde und an der Prüfung tatsächlich teilgenommen hat. Satz 1 findet keine Anwendung auf eine Prüfung, die wegen eines Täuschungsversuchs oder Ordnungsverstoßes als nicht bestanden gilt oder die der Kandidat ohne triftigen Grund versäumt hat. In diesem Falle gilt die erste reguläre Fachprüfung als nicht bestanden. Für Gründe, die der Kandidat nicht zu vertreten hat, findet § 19 Abs. 2 Anwendung. Bei Hochschul-, Studiengangs- oder Fachwechsel werden frühere Studienzeiten nach Maßgabe des § 15 auf das Fachstudium angerechnet.

(2) Im Rahmen des Freiversuchs bestandene Fachprüfungen können auf Antrag des Studierenden einmal zur Notenverbesserung einzeln oder insgesamt wiederholt werden. Dabei zählt das jeweils bessere Ergebnis. Die Diplomarbeit kann zur Notenverbesserung nicht wiederholt werden. Der Antrag ist bis zum Ende der Meldefrist des jeweils folgenden Semesters zu stellen.

(3) Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholung der Prüfung zur Notenverbesserung ist schriftlich beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen. Für die Meldung zur Wiederholung einer Fachprüfung zwecks Notenverbesserung gilt § 18 Abs. 4 Satz 1 entsprechend.

(4) Ein Studium gilt für die Dauer einer Beurlaubung gemäß § 21 Abs. 2 Landeshochschulgesetz als nicht unterbrochen im Sinne von Abs. 1.

(5) Eine Verlängerung der Frist für den Freiversuch wird gewährt für Zeiten einer Tätigkeit in der Selbstverwaltung der Universität oder in den Organen der Studierendenschaft oder bei Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und der Fristen der Elternzeit, soweit sie den Kandidaten nachhaltig an einem ordnungsgemäßen Studium gehindert hat. Die Entscheidung trifft das Zentrale Prüfungsamt, das im Einzelfall bis zu zwei Semester berücksichtigen kann.

## **§ 18**

### **Wiederholung von Fachprüfungen und der Diplomarbeit**

(1) Eine nicht bestandene oder als nicht bestanden geltende Fachprüfung kann einmal wiederholt werden. Die Wiederholung einer bestandenen Fachprüfung ist außer im Falle des § 17 Abs. 2 nicht zulässig. Fehlversuche an anderen Hochschulen sind anzurechnen.

(2) Eine zweite Wiederholung einer nicht bestandenen Fachprüfung ist zu gewähren, wenn

1. ein besonderer Härtefall vorliegt oder
2. der Kandidat mindestens die Hälfte aller in der Diplomvorprüfung oder Diplomprüfung abzulegenden Fachprüfungen mit wenigstens "befriedigend" (§ 8 Abs. 1) bestanden hat, wobei nicht mehr als jeweils 1/4 der Fachprüfungen (aufgerundet) der Diplomvorprüfung und der Diplomprüfung wiederholt werden können, oder
3. er nur eine Fachprüfung nicht bestanden hat.

Für das Hauptfach gilt Nr. 2 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend. Der Antrag ist schriftlich beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen.

(3) Eine Diplomarbeit, die schlechter als mit "ausreichend" (4,0) bewertet worden ist, kann nur einmal wiederholt werden. Die Wiederholung einer mit wenigstens "ausreichend" (4,0) bewerteten Diplomarbeit ist nicht zulässig. Eine Rückgabe des Themas der Diplomarbeit in der in § 34 Abs. 6 Satz 3 genannten Frist ist nur zulässig, wenn der Kandidat bei der Anfertigung seiner ersten Diplomarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(4) Eine Fachprüfung ist spätestens zum nächsten regulären Prüfungstermin zu wiederholen. Ein Wiederholungstermin kann von den Instituten für mündliche Prüfungen spätestens bis zum Meldetermin des jeweils folgenden Semesters angeboten werden. Bei Wiederholungsprüfungen erfolgt eine automatische Anmeldung durch das Zentralen Prüfungsamt. Bei der Wiederholung einer Diplomarbeit muss die erneute Bearbeitungszeit spätestens 6 Monate nach der Begutachtung der nicht bestandenen Diplomarbeit beginnen. Im übrigen gilt § 34 Abs. 3 Satz 8. Zeiten der Beurlaubung bleiben außer im Fall des § 31 Abs. 2 unberücksichtigt.

(5) Meldet der Studierende sich aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht binnen der in Abs. 5 genannten Fristen zur Wiederholung der Diplomarbeit, so gilt diese als abgelegt und nicht bestanden. § 16 Abs. 2 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

## **§ 19**

### **Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß**

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der Kandidat einen für ihn bindenden Prüfungstermin ohne triftige Gründe versäumt oder wenn er von einer Prüfung, die er angetreten hat, ohne triftigen

Grund zurücktritt. Der Studierende kann in elektronischer Form innerhalb von 14 Tagen nach Abschluss des Anmeldeverfahrens ohne Nennung von Gründen von angemeldeten Prüfungen zurücktreten. Der Prüfungstermin ist für den Studierenden bindend, wenn er zugelassen ist. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Der für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Grund muss dem Zentralen Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Im Falle einer Krankheit hat der Kandidat ein ärztliches Attest vorzulegen, in Wiederholungsprüfungen ein amtsärztliches Attest. Soweit die Einhaltung von Fristen für die erstmalige Meldung zur Prüfung, die Wiederholung von Prüfungen, die Gründe für das Versäumnis von Prüfungen und die Einhaltung von Bearbeitungszeiten für Prüfungsarbeiten betroffen sind, steht der Krankheit des Prüflings die Krankheit eines von ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Der Kandidat hat ein Attest vom Kinderarzt vorzulegen. Werden die Gründe anerkannt, so wird vom Prüfungsamt in Absprache mit dem Prüfer ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse werden in diesem Fall angerechnet.

(3) Versucht ein Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistungen durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Stellt bei der Begutachtung einer Klausur oder Diplomarbeit nur ein Prüfer einen Täuschungsversuch fest, muss der Prüfungsausschuss eine weiteren Gutachter bestellen. Stellt auch dieser die Täuschung fest, gilt die Fachprüfung oder Diplomarbeit als mit „nicht ausreichend“ bewertet. Stellt er keine Täuschung fest, tritt seine Bewertung an die Stelle des Gutachters, der die Täuschung festgestellt hat. Im übrigen gilt § 8. Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, wird die Fachprüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet. Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Kandidaten von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(4) Der Kandidat kann innerhalb einer Woche verlangen, dass die Entscheidungen nach Abs. 3 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden.

(5) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 gelten für Studienleistungen entsprechend.

## **§ 20**

### **Ungültigkeit der Diplomvorprüfung und der Diplomprüfung**

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsaus-

schuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen. Gegebenenfalls kann die Fachprüfung für „nicht ausreichend“ und die Diplomvorprüfung oder die Diplomprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden. Entsprechendes gilt für die Diplomarbeit.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Abnahme der Fachprüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, dass er die Fachprüfung ablegen konnte, so kann der Prüfungsausschuss die Fachprüfung für „nicht ausreichend“ und die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung für „nicht bestanden“ erklären.

(3) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen; gegebenenfalls ist ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Diplomurkunde einzuziehen, wenn die Diplomprüfung aufgrund einer Täuschung für nicht bestanden erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

## **§ 21 Einsicht in die Prüfungsakten**

Spätestens innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Studierenden auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt. In einzelne Prüfungsarbeiten und deren Protokolle wird innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses Einsicht gewährt. Der Antrag ist beim Zentralen Prüfungsamt zu stellen. Der Prüfungsausschuss kann beschließen, dass stattdessen Prüfungsarbeiten an den Studierenden herausgegeben werden.

## **§ 22 Verfahren bei belastenden Entscheidungen**

(1) Der Prüfungsausschuss bzw. das Zentrale Prüfungsamt hat dem Studierenden unverzüglich belastende Entscheidungen schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(2) Widersprüche sind beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen.

## **§ 23 Prüfungsausschuss**

(1) Durch Beschluss des Fakultätsrates wird ein für den Diplomstudiengang Landschaftsökologie und Naturschutz zuständiger Prüfungsausschuss gebildet. Der Prüfungsausschuss ist für alle das Prüfungsverfahren betreffenden Aufga-

ben und Entscheidungen des Prüfungswesens und für die weiteren durch diese Ordnung zugewiesenen Aufgaben zuständig, soweit Aufgaben nicht dem Zentralen Prüfungsamt in dieser Ordnung zugewiesen sind. Zur Erledigung der in § 25 Abs. 2 genannten Aufgaben und Entscheidungen steht ihm das Zentrale Prüfungsamt der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald zur Verfügung.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören 3 Vertreter der Hochschullehrer, 1 Vertreter der akademischen Mitarbeiter und 1 Vertreter der Studierenden an. Der Fakultätsrat bestellt den Vorsitzenden, seinen Stellvertreter, die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreter. Der Vorsitzende ist aus der Gruppe der Hochschullehrer zu bestellen.

(3) Die Amtszeit der Mitglieder beträgt drei Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr. Wiederwahl ist möglich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses üben ihr Amt nach Ablauf einer Amtsperiode weiter aus, bis Nachfolger bestellt worden sind und diese ihr Amt angetreten haben. Scheidet ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtsperiode aus, ist für die verbleibende Zeit ein Nachfolger zu bestellen.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht Angehörige des öffentlichen Dienstes sind, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(5) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der jeweiligen Fachprüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Diplomarbeiten sowie über die statistische Verteilung der Fach- und Gesamtnoten. Der Bericht wird in geeigneter Weise durch die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald offengelegt. Der Prüfungsausschuss gibt dem Fakultätsrat Anregungen zur Reform der Prüfungsordnungen, Studienordnungen und Studienpläne.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, den Prüfungen beizuwohnen.

## **§ 24**

### **Verfahren im Prüfungsausschuss**

(1) Der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. Er muss eine Sitzung einberufen, wenn dies wenigstens ein Mitglied des Prüfungsausschusses verlangt.

(2) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder unter Einhaltung der Ladungsfrist von drei Tagen schriftlich geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(3) Die Stellvertreter der Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß 23 Abs. 2 vertreten bei Abwesenheit die einzelnen Mitglieder des Ausschusses. Dies gilt auch für den Fall, dass eine Entscheidung eines Prüfungsausschussmitgliedes Verfahrensgegenstand ist.

(4) Der Prüfungsausschuss wählt mit der Mehrheit seiner Mitglieder aus seiner Mitte einen Schriftführer.

(5) Über die wesentlichen Gegenstände der Sitzung und die Beschlüsse des Prüfungsausschusses ist von dem Schriftführer ein Protokoll anzufertigen.

(6) Der Vorsitzende führt im Regelfall die Geschäfte des Prüfungsausschusses. Er kann in unaufschiebbaren Angelegenheiten allein entscheiden (Eilkompetenz). Eine Entscheidung ist unaufschiebbar, wenn eine rechtzeitige Ladung der Ausschussmitglieder nicht mehr möglich ist. Der Vorsitzende unterrichtet den Prüfungsausschuss spätestens in dessen nächster Sitzung über die Entscheidung. An seine Stelle tritt der stellvertretende Vorsitzende, sofern es um Entscheidungen geht, an denen der Prüfungsausschussvorsitzende als Prüfer beteiligt ist.

## **§ 25** **Zentrales Prüfungsamt**

(1) Unbeschadet der Zuständigkeit der Prüfungsausschüsse gemäß § 23 Abs. 1 ist das Zentrale Prüfungsamt der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald für die Organisation der Diplomvorprüfungs- und Diplomprüfung zuständig. Es übt die Rechtsaufsicht über das Prüfungsverfahren aus und ergreift die zur Einhaltung dieser Prüfungsordnung notwendigen Maßnahmen.

(2) Das Zentrale Prüfungsamt hat folgende Aufgaben:

1. Bekanntgabe der Prüfungstermine und Meldefristen für die Prüfungen,
2. Fristenkontrolle bezüglich der Prüfungstermine gemäß § 17 Abs. 4
3. Fristenkontrolle bezüglich der Meldetermine gemäß § 37 Abs. 1 Landeshochschulgesetz,
4. Anfertigung und Ausgabe der individuellen Prüfungskarten gemäß § 13 Abs. 4,
5. Führung der Prüfungsakten,
6. Entgegennahme der Anträge auf Entscheidung über die Eignung einer Praktikumsstelle gemäß § 4 Abs. 4 sowie Mitteilung der Entscheidungen des Prüfungsausschusses,
7. Koordination der Prüfungstermine und Aufstellung von entsprechenden Prüfungsplänen für Prüfer, Beisitzer und Prüfungsaufsichten,
8. Ausgabe und Entgegennahme der Anträge auf Zulassung zu studienbegleitenden Fachprüfungen, Prüfungsabschnitten und zur Diplomarbeit,
9. Automatische Anmeldung zu Wiederholungsprüfungen

10. ggf. Ladung zur fachspezifischen Studienberatung gemäß § 16 Abs. 1,
11. Entgegennahme der Anträge auf Zulassung zu Prüfungen in Zusatzfächern gemäß § 37,
12. Erteilung der Zulassung zu Prüfungen gemäß Nr. 8,
13. Erteilung der Nichtzulassung gemäß Nr. 8,
14. Zulassung zur Wiederholung einer Prüfung zum Zwecke zur Notenverbesserung
15. Mitteilung des konkreten Prüfungstermins und der Namen der Prüfer an den Kandidaten
16. Entscheidung über die Anerkennung von Rücktrittsgründen gemäß § 19 Abs. 2,
17. Entscheidung über die Anerkennung von Zeiten einer Tätigkeit in der Selbstverwaltung der Universität oder in den Organen der Studierendenschaft
18. Unterrichtung der Prüfer über die Prüfungstermine,
19. Aufstellung von Listen der Kandidaten eines Prüfungstermins,
20. Kontrolle der Einhaltung der Prüfungstermine,
21. Überwachung der Bewertungsfristen gemäß §§ 12 Abs. 2 Satz 2, 35 Abs. 3 Satz 5,
22. Entgegennahme des Antrags auf Zuweisung eines Themas für die Diplomarbeit,
23. Zustellung des Themas der Diplomarbeit an den Kandidaten und Überwachung der Einhaltung der Bearbeitungszeit,
24. Entgegennahme der fertiggestellten Diplomarbeit,
25. Benachrichtigung der Kandidaten über das Prüfungsergebnis,
26. Erstellen von Bescheiden über das Nichtbestehen von Prüfungen
27. Ausfertigung und Aushändigung von Zeugnissen, Diplomurkunden und Bescheiden gemäß § 7 Abs. 3 und 4.

## **§ 26**

### **Prüfer sowie Beisitzer**

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer sowie die Beisitzer. Er kann das Recht zur Bestellung dem Vorsitzenden übertragen. Ein kurzfristiger Wechsel der Prüfer und Beisitzer aus zwingenden Gründen ist vor Beginn der Prüfung zulässig.

(2) Der Kandidat kann für die mündlichen Prüfungen und die Diplomarbeit Prüfer oder eine Gruppe von Prüfern vorschlagen; der Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch auf Bestellung des vorgeschlagenen Prüfers.

(3) Zu Prüfern werden nur Professoren und andere gemäß § 36 Abs. 4 Landeshochschulgesetz prüfungsberechtigte Personen bestellt, die, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfung bezieht, eine eigenverantwortliche, selbständige Lehrtätigkeit an

einer Hochschule ausgeübt haben. Fachprüfungen der Diplomprüfung werden in der Regel überwiegend von Professoren und habilitierten Lehrkräften abgenommen. Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. Die Bestellung erfolgt für jedes Semester pauschal durch den Prüfungsausschuss.

(4) Beisitzer kann nur sein, wer die entsprechende Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.

(5) Die Namen der Prüfer sollen dem Kandidaten eine Woche vor Beendigung der Vorlesungszeit bekannt gegeben werden.

(6) Für die Prüfer und Beisitzer gilt § 23 Abs. 4 entsprechend.

## **Zweiter Abschnitt Diplomvorprüfung**

### **§ 27**

#### **Zweck der Diplomvorprüfung**

Durch die Diplomvorprüfung soll der Kandidat nachweisen, dass er das Studium mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen kann und dass er die inhaltlichen Grundlagen der Landschaftsökologie und des Naturschutzes, das methodische Instrumentarium und die systematische Orientierung erworben hat. Sie ist so auszugestalten, dass sie vor Beginn der Vorlesungszeit des auf das Grundstudium folgenden Semesters abgeschlossen werden kann.

### **§ 28**

#### **Fachliche Zulassungsvoraussetzungen**

(1) Zur Diplomvorprüfung kann nur zugelassen werden, wer folgende Prüfungsvorleistungen erbracht hat:

- a) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens "ausreichend" bewertete 120minütige Klausur im Fach Physische Geographie (Geomorphologie, Bodengeographie, Klimatologie, Hydrogeographie),
- b) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens "ausreichend" bewertete etwa 30minütige mündliche Prüfung oder 90minütige Klausur im Fach Botanik,
- c) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens "ausreichend" bewertete etwa 30minütige mündliche Prüfung oder 90minütige Klausur im Fach Zoologie,
- d) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens "ausreichend" bewertete 30minütige mündliche Prüfung oder 90minütige Klausur im Fach Anorganische Chemie,
- e) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens "ausreichend" bewertete 30minütige mündliche Prüfung oder 90minütige Klausur im Fach Organische Chemie,

- f) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens "ausreichend" bewertete 90minütige Klausur im Fach Mathematik für Landschaftsökologen,
- g) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens "ausreichend" bewertete 90minütige Klausur im Fach Öffentliches Recht - Einführung in das Verwaltungsrecht.
- h) Nachweis einer dreimonatigen praktischen Tätigkeit (Vorpraxis).

(2) Die Klausuren können in mehrere Abschnitte zu mindestens 30 Minuten geteilt werden.

(3) Die Art der verlangten Leistung wird jeweils mit der Ankündigung der Lehrveranstaltung bekannt gegeben.

## **§ 29**

### **Art und Umfang der Diplomvorprüfung**

(1) Die Diplomvorprüfung besteht aus 4 Fachprüfungen. Prüfungsfächer sind:

1. Physische Geographie/Geoökologie,
2. Biologie,
3. Landschaftsökonomie
4. Ökologie und Vegetationskunde.

(2) Die Fachprüfungen sollen zu folgenden Regelprüfungsterminen abgelegt werden:

1. Physische Geographie/Geoökologie im 4. Fachsemester
2. Biologie im 4. Fachsemester
3. Landschaftsökonomie im 3. Fachsemester
4. Ökologie und Vegetationskunde im 4. Fachsemester.

(3) In den Fachprüfungen sind folgende Prüfungsleistungen zu erbringen:

1. im Prüfungsfach Physische Geographie/Geoökologie eine etwa 30minütige mündliche Prüfung,
2. im Prüfungsfach Biologie eine etwa 30minütige mündliche Prüfung,
3. im Prüfungsfach Landschaftsökonomie eine 90minütige Klausur,
4. im Prüfungsfach Ökologie und Vegetationskunde eine etwa 30minütige mündliche Prüfung.

(4) Folgende Prüfungsanforderungen werden in den einzelnen Fachprüfungen gestellt:

1. Fachprüfung Physische Geographie/Geoökologie
  - a) Methodische Grundlagen der Allgemeinen Physischen Geographie und Geoökologie, Begriffe, Erkenntnisentwicklung und wissenschaftliche Ansätze, landschaftliche Strukturen und Prozesse.

- b) Geomorphologie: Verwitterungsprozesse, Morphographie, Reliefgenese und Dynamik unter besonderer Berücksichtigung fluvialer, glaziärer, periglaziärer und mariner Prozesse.
- c) Klima- und Hydrogeographie: Klimafaktoren und hydrometeorologische Elemente, zeitliche und räumliche Variabilität, Wasserkreislauf und Wasserhaushalt, ober- und unterirdischer Abfluss, anthropogene Einflussnahme.
- d) Bodengeographie: Genese und Eigenschaften von Ausgangsmaterialien der Bodenbildung in Mitteleuropa, Bodenbildungsprozesse, diagnostische Merkmale mitteleuropäischer Bodentypen und Horizontbezeichnungen.
- e) Geoökologie: Verhältnis von Naturraum und Landschaft, Vertikal- und Horizontalstrukturen, Bestandteile, Funktionsweisen und Modellbildung von Geoökosystemen, Genese und Dynamik von Landschaften.
- f) Physische Geographie Mitteleuropas: Geologischer Bau und Reliefgestaltung, Klimatische und hydrologische Charakteristika, Kennzeichnung und Genese der Naturräume, anthropogene Beeinflussung und Umweltprobleme.

## 2. Fachprüfung Biologie

- a) Allgemeine Botanik: Zytologie, Organisationsstufen der Pflanzen, Thallusformen, Bau der Laub- und Lebermoose, Gewebsdifferenzierung und Anatomie des Cormus in Wurzel, Spross und Blatt, Metamorphosen als ökologische Anpassungen, vegetative Vermehrung und generative Fortpflanzung, Generationswechsel, Samenbau, Fruchttypen.
- b) Spezielle Botanik: Morphologie, Systematik und Fortpflanzung der Moose, Farne und Gefäßpflanzen, Fossile Pflanzen und ihr zeitliches Auftreten, Phylogenie, Chorologie, Symbiosen, Bedeutung von Pflanzen für den Menschen.
- c) Pflanzenphysiologie: Struktur, Funktion und chemischer Aufbau von Kohlenhydraten, Lipiden, Proteinen und Nukleinsäuren, Enzymkatalyse und -regulation, Wasserhaushalt der Pflanze, mineralische Ernährung und Ionenaufnahme, Düngung, Photosynthese, Wachstum und Differenzierung, Phytohormone, Photomorphogenese, Blühinduktion.
- d) Allgemeine Zoologie: Bau und Funktion der tierischen Zelle, Entwicklungsprozesse der Tiere (Ontogenie), Morphologie und Anatomie, Grundlagen der Tierökologie einschließlich Faktoreinwirkung und Populationsökologie, Grundlagen der Evolution und Stammesgeschichte.
- e) Spezielle Zoologie: Baupläne der Tiere, Tierstämme und Tierklassen, systematische Zoologie.

## 3. Fachprüfung Landschaftsökonomie

- a) Der ökonomische Denkansatz: Alternativ- bzw. Opportunitätskostendenken, Ökonomie als Umgang mit Knappheit und allgemeine Methode rationaler Entscheidungen.

- b) Techniken ökonomischer Problemformulierung in einfachen graphischen und analytischen Modellen.
  - c) Themen der Mikroökonomie: Optimaler Faktoreinsatz, Minimalkostenkombination, Verbundproduktion, Nutzenmaximierung des Haushaltes, Nachfrage- und Angebotsfunktionen, Märkte und Verhandlungen, elementare spieltheoretische Ansätze, Optimalitätskriterien für Allokationen.
  - d) Öffentliche Güter: Theorie der Eigentumsrechte (Property Rights), optimale Allokation öffentlicher Güter, Grundzüge der Präferenzermittlung für öffentliche Güter.
  - e) Elementare Investitionsrechnung: Zinsmechanismus, Annuitäten und Finanzierung.
  - f) Ausgewählte empirische Fragestellungen der Agrar- und Forstökonomie: Datenquellen, Agrarberichterstattung, Produktionsverfahren in der pflanzlichen, tierischen und forstlichen Erzeugung, Grundzüge der Markt- und Strukturpolitik, Stand des Agrar- und Forstsektors in der Industriegesellschaft.
4. Fachprüfung Ökologie und Vegetationskunde
- a) Grundlagen der Autoökologie der Tiere und Pflanzen.
  - b) Grundlagen der Dem- und Synökologie.
  - c) Lebensräume Mitteleuropas und ihre anthropogene Umwandlung: Küsten, Gewässer, Moore, Wälder, Agrarlandschaft.
  - d) Vegetation und Standort: Bodenformen, Wasserstufen, Bioindikation, Trophie- und pH-Gliederung.
  - e) Feldökologische Arbeitsmethoden.

### **§ 30**

#### **Bildung der Gesamtnote und Zeugnis der Diplomvorprüfung**

- (1) Für die Diplomvorprüfung wird eine Gesamtnote gebildet. Die Gesamtnote errechnet sich entsprechend § 8 Abs. 1 aus den Fachnoten.
- (2) Über die bestandene Diplomvorprüfung erhält der Kandidat unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen ein Zeugnis, das die Fachnoten und die Gesamtnote enthält. Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Als Datum des Zeugnisses ist der Tag der letzten Prüfungsleistung anzugeben.

### **Dritter Abschnitt Diplomprüfung**

#### **§ 31**

#### **Zweck der Diplomprüfung**

- (1) Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Diplomstudiums. Durch die Diplomprüfung wird festgestellt, ob der Kandidat die

Zusammenhänge seines Faches überblickt, die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden und die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat.

(2) Das Prüfungsverfahren zwischen letzter Fachprüfung und Diplomarbeit darf außer in den Fällen

1. von Krankheit, die ein ordnungsgemäßes Studium unmöglich macht,
2. Schwangerschaft, Mutterschutz und Betreuung eines Kindes in Zeiten, in denen bei Bestehen eines Arbeitsverhältnisses Anspruch auf Elternzeit bestünde, Pflege eines erkrankten oder sonst hilfsbedürftigen nahen Angehörigen durch Urlaubssemester nicht unterbrochen werden.

## **§ 32**

### **Fachliche Zulassungsvoraussetzungen**

(1) Zur Diplomprüfung kann nur zugelassen werden, wer die Diplomvorprüfung bestanden und darüber hinaus im Hauptstudium folgende Prüfungsleistungen erbracht hat:

- a) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens "ausreichend" bewertete etwa 30minütige mündliche Prüfung zur Vorlesung Ökosysteme der Erde,
- b) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens „ausreichend“ bewertete 90minütige Klausur zur Vorlesung Kosten-Nutzen-Analyse,
- c) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens „ausreichend“ bewertete etwa 30minütige mündliche Prüfung zur Vorlesung Natur- und Gewässerschutzrecht,
- d) Leistungsnachweise über die erfolgreiche Teilnahme an zwei Seminaren oder Praktika im Hauptfach (§ 33 Abs. 1 und Abs. 2),
- e) Leistungsnachweis über die erfolgreiche Teilnahme an einem Seminar oder Praktikum im Nebenfach (§ 33 Abs. 1 und Abs. 2),
- f) Leistungsnachweis über eine mit wenigstens „ausreichend“ bewertete 90minütige Klausur zur Vorlesung Umweltethik II.

(2) Ein Leistungsnachweis über die erfolgreiche Teilnahme an einem Seminar oder einem Praktikum wird erteilt aufgrund einer mit mindestens "ausreichend" bewerteten schriftlichen Arbeit oder eines mit mindestens "ausreichend" bewerteten Vortrages. Die Art und der Umfang der verlangten Leistung werden jeweils mit der Ankündigung der Lehrveranstaltung bekannt gegeben.

(3) Mindestens ein Leistungsnachweis aus Buchst. d und e muss auf einer schriftlichen Arbeit beruhen.

## **§ 33** **Art und Umfang der Diplomprüfung**

(1) Die Diplomprüfung besteht aus drei Fachprüfungen, der Diplomarbeit und der Verteidigung der Diplomarbeit. Folgende Fachprüfungen werden durchgeführt:

1. Eine Fachprüfung in Grundlagen des Naturschutzes gemäß Abs.4 Nr.1
2. Eine Fachprüfung in einem Hauptfach gemäß Abs. 4 Nr.2
3. Eine Fachprüfung in einem Nebenfach gemäß Abs.4 Nr.3

(2) Folgende Fächer können als Haupt- oder Nebenfächer gewählt werden:

1. Landschaftsnutzung/Landschaftsökonomie
2. Vegetationsökologie,
3. Bodenökologie,
4. Gewässerökologie,
5. Tierökologie,
6. Moorökologie
7. Internationaler Naturschutz.

Als Nebenfach kann auch Geologie/Paläontologie oder Umweltethik gewählt werden.

(3) Die Wahl des Haupt- und des Nebenfaches erfolgt bei der Meldung zur Diplomprüfung.

(4) In den Fachprüfungen sind folgende Prüfungsleistungen zu erbringen:

1. in den Grundlagen des Naturschutzes eine etwa 30minütige mündliche Prüfung.
2. im Hauptfach eine etwa 60minütige mündliche Prüfung.
3. im Nebenfach eine etwa 30minütige mündliche Prüfung.

(6) Die Prüfungen im Hauptfach sowie im 1. und im 2. Nebenfach können abgelegt werden, wenn die in § 32 Abs. 1 genannten Prüfungsvorleistungen erbracht wurden, spätestens jedoch im achten Fachsemester.

(5) Gegenstand der Fachprüfungen können in den einzelnen Prüfungsfächern jeweils die folgenden Stoffgebiete sein:

1. Fachprüfung Grundlagen des Naturschutzes

- a) Synökologie und Ökosystemtheorie: Vertiefte Kenntnisse der Populations- und Synökologie sowie der Ökosystemtheorie; Biozönotische Charakteristika; Vertiefte Kenntnisse über die Lebensräume Gewässer, Boden, Luft, Naturräume der Erde, Biome, Ökotope; Urbane Ökologie.
- b) Grundlagen des Naturschutzes: Naturschutzfachliche Aspekte des relevanten Rechts; Schutzgebietskategorien; Kriterien der Schutzwürdigkeit

von Arten und Lebensräumen; Überblick über die Methoden der Naturschutzforschung; Naturschutz in Verwaltung und Politik.

- c) Raumordnung und Landschaftsplanung: Rechtliche Grundlagen und praktische Umsetzungen; Regional-, Stadt- und Freiraumplanung; Aufgaben und Bedeutung der Bauleitplanung; Rolle von Landeskultur und Umweltschutz; Stellung der Landschaftsplanung im Agrar- und Forstwesen, im besiedelten Bereich und in der Infrastruktur.
- d) Ökonomie des Naturschutzes: Ökonomische und ethische Begründungen des Naturschutzes; Arten, Populationen und Biotope als ökonomische Ressourcen; Analyse von Landnutzungskonflikten mit Wirkungen auf den Naturschutz; Kosten von Naturschutz und Landschaftspflege in Mitteleuropa und weltweit; Nachfrage nach und Zahlungsbereitschaft für Naturschutz; Institutionen und sektorale Politikbereiche mit Wirkungen auf den Naturschutz; elementare ökonomische Theorie natürlicher Ressourcen und Anwendungen in Forstökonomie, Fischerei und bei erschöpflichen Ressourcen; Nachhaltige Entwicklung und Ökologische Ökonomie.
- e) Umweltethik II: Begründungsfragen; ethische Positionen in den Themenbereichen Artenerhalt, Natur- und Umweltschutz und Tierschutz; ethische Argumente in der Naturschutzpolitik; ethische Begründungen nachhaltigen Wirtschaftens; Umweltethik aus der Sicht allgemeinethischer Theorien; Modellierung von Umwelt- und Naturschutzkonflikten.

## 2. Fachprüfung Landschaftsökonomie/Landschaftsnutzung

- a) Umweltökonomie: Theorie der Eigentumsrechte (Property Rights); Coase-Theorem; Internalisierung externer Effekte; Vergleich und Effizienzanalyse von auflagenorientierter Umweltpolitik, Lenkungsabgaben und Zertifikaten; Allokationswirkungen des Haftungsrechts; ökonomische Analyse ausgewählter Sachgebiete der Umweltpolitik, insbesondere Immissionsschutz und Gewässerreinigung; ökologischer Umbau des Steuersystems ("Ökosteuer").
- b) Kosten-Nutzen-Analyse: ergänzende mikroökonomische Grundlagen; dynamische Investitionsrechnung; Investitionskriterien im öffentlichen Sektor; Tarifierungsprobleme; Präferenzermittlung für öffentliche Güter (Contingent Valuation und Travel Cost Method); Bewertung von Zeit, Gesundheit, Ästhetik und anderen intangiblen Größen; Risikowahrnehmung und -bewertung; Ungewissheit; Diskontierung und Zeitpräferenz; Grenzen der monetären Bewertung; Grundfragen intra- und intergenerationaler Verteilungsgerechtigkeit.
- c) Globale Umweltprobleme: Globale Stoffkreisläufe und ihre anthropogene Beeinflussung; anthropogene Wirkung auf das globale Klima; ökonomische und soziale Folgen dieser Wirkungen; Prognosemodelle; Milderungs- und Lösungsansätze; Globaler Wasserhaushalt und seine ökonomischen und sozialen Aspekte; globale anthropogene Gefährdung von Böden und Folgen für die Ernährungswirtschaft; anthropogener Einfluss auf Waldökosysteme insbesondere in den Tropen; Umgang des Menschen mit der Biodiversität; Bevölkerungsprobleme.

d) Landschaftsnutzung: Naturschutzrelevante Aspekte des Waldbaus; Institutionen im Forst; Grundlagen der Forstökonomie und -politik; naturschutzrelevante Aspekte von Ackerbau und Grünlandwirtschaft; Grundfragen Struktur und historische Entwicklung des Ackerbaus in Mitteleuropa; Ertragsbewertung von Acker- und Grünland; Grundzüge der flächenbezogenen landwirtschaftlichen Tierhaltung und deren Bedeutung für den Naturschutz.

### 3. Fachprüfung Vegetationsökologie

- a) Ökologie: Vertiefte Kenntnisse der Aut-, Dem- und Synökologie, Ökosystemtheorie.
- b) Geobotanik und Paläoökologie: Vegetationsgeschichte, Arealkunde, Florenwandel, nacheiszeitliche Waldentwicklung, Landnutzungsgeschichte und ihre Auswirkungen auf die Vegetation, Methoden der Pollen- und Großrestanalyse.
- c) Vegetation Mitteleuropas: Ökosysteme der Küsten, Gewässer, Moore, Wälder, Gebirge und Agrarlandschaften.
- d) Vegetation der Erde: Florenreiche, Vegetationszonen, Klimadiagramme, Charakterisierung wichtiger Ökosysteme.
- e) Naturraumkunde: Vertiefte Kenntnisse des naturräumlichen Systems, Vegetation und Standort (Bodenformen, Wasserregimetypen, Trophie- und pH-Gliederung, Salzeinfluss, Humusformen), Bioindikation.
- f) Globale Umweltprobleme: Globale biogeochemische Kreisläufe und globales Klima und ihre anthropogene Beeinflussung, Probleme des globalen Wasserhaushaltes, Schutz und Pflege von Ökosystemen (Natürliche Vegetation, Halbkulturformationen, Landnutzungssysteme, Naturschutzmanagement, Anthropogene Abwandlungsreihen).

### 4. Fachprüfung Bodenökologie

- a) Grundlagen der Ökologie, Geschichte der Ökologie, Stoffhaushalt.
- b) Kenntnis bodenkundlicher Grundlagen: Klassifikationssysteme, Kenngrößen des Bodens, europäische und außereuropäische Böden, ihre Eigenschaften und Verbreitung, Kartierverfahren und Interpretation von Karten, Eckdaten des Stoffhaushaltes von Böden und einfache Nachweismethoden, Bodenprofilanalyse im Gelände.
- c) Bodenökologische Zusammenhänge: Faktoren der Bodenbildung, Grundkenntnisse der Bodenbiologie, Bodenzologie und Ökologie der Bodentiere, biotische und abiotische Wechselwirkungen im Boden und besonders im Humusprofil, Böden und Landschaft.
- d) Bodenfunktionen und Bodenschutz: Bodennutzung und Böden als Filter, Puffer und Speicher, Bodenschutz als Aufgabe der Wissenschaft und des Rechts.
- e) Bodendegradation und Bodenzerstörung: Strukturschäden, Deflation, Denudation, Erosion, Bodenkontamination, Versalzung, Krustenbildungen.

## 5. Fachprüfung Gewässerökologie

- a) Geowissenschaftliche Grundlagen: Globaler Wasserkreislauf und Wasserhaushalt als geschlossenes System, regionaler Wasserkreislauf und Wasserhaushalt als offenes System, ingenieurökologische Grundlagen des Gewässerbaus, Gewässer- und Küstenschutzes sowie der Wasserbewirtschaftung.
- b) Grundlagen der Gewässerökologie: Charakteristika der Gewässerökosysteme, Grundlagen der Hydrometrie, Wasser- und Sedimentanalytik, Grundlagen hydrologischer, hydrochemischer und hydrobiologischer Modellierung, Gewässergüteklassifikation von Fließ- und Standgewässern, Strategien des Gewässerschutzes und der Gewässersanierung.
- c) Gewässersysteme: Stand- und Fließgewässer (Süßwasserökologie/Limnologie), Küsten-/Boddengewässer (Brackwasserökologie), Marine Ökologie, Basis- und Ballastmineralisierung der Gewässer, Eutrophierungs- und Selbstreinigungsmechanismen.
- d) Management der Wasserressourcen: Allgemeines Verwaltungs- und Wasserrecht, raumordnerische und landschaftsplanerische Vorsorge, Wasserressourcenbilanzierung einschließlich Schutz vor Extremereignissen, Grundsätze der Havariebekämpfung toxischer Wasserinhaltsstoffe, Grundsätze des Küstenzonenmanagements.

## 6. Fachprüfung Tierökologie

- a) Vertiefte Kenntnisse der Aut-, Dem- und Synökologie mit besonderer Berücksichtigung der Tiere.
- b) Grundlagen der Zoogeographie einschließlich quantitativer Ökofaunistik.
- c) Rechtliche und ökologische Grundlagen des Naturschutzes.
- d) Grundkenntnisse über aktuelle Umweltprobleme einschließlich Schadstoffkreisläufe.
- e) Vertiefte Kenntnisse über Erfassungsmethoden und ökofaunistische Bewertung von Tierbeständen.
- f) Grundkenntnisse angewandter Tierökologie, insbesondere Parasitologie, Schädlingsbekämpfung, Bioindikation, Bodenzoologie und Limnologie.

## 7. Fachprüfung Moorökologie

- a) Moore der Erde: Regionale Verbreitung und Beziehung zu klimatischen u.a. Bedingungen, Moorklassifikationsverfahren und Moortypologien.
- b) Moorstandorte: Moorhydrologie einschließlich hydrologischer Strukturelemente, Einzugsgebiete, Wasserbilanz und hydrologischer Selbstregulation, Stoffhaushalt wachsender und entwässerter Moorstandorte, Stoffumsetzungen, Bilanzierung klimarelevanter Spurengase, Ein- und Austräge, Akkumulationsraten.
- c) Kennzeichnung und Typisierung von Moorlandschaften: Ökologisch-phytozoenologische und hydrologisch-entwicklungsgeschichtliche Moorty-

pen, chorische Naturraumtypen, pflanzengeographische Aspekte der mitteleuropäischen Moorlandschaft, Genese und Aufbau der Moore in der Landschaft, spätglaziale und holozäne Vegetationsgeschichte, Paläoökologie.

- d) Moornutzung: Produktions-, Träger-, Regulations- und Informationsfunktion von Mooren, Geschichte, Techniken und weitere Aspekte der Rohstoff (Torfgewinnung, Land- und Forstwirtschaft auf Mooren, sonstige Nutzungsformen, Moore in der menschlichen Kultur, Naturschutz in Mooren einschließlich Revitalisierung, Nachhaltigkeit der Nutzung).
- e) Moore in der Landschaft: Funktion der Moore bei der regionalen Wasserregulierung sowie der atmosphärischen Spurengasbilanz.

## 8. Fachprüfung Internationaler Naturschutz

- a) Charakteristika der Großökosysteme; Wälder, Küsten, Steppen, Savannen, Wüsten, Gebirge, Tundra, Taiga, Polarregionen, Interaktionen Klima/Ökosysteme, Stoffkreisläufe.
- b) Biodiversität: Funktionale Rolle von Biodiversität in Ökosystemen, Pflanzen- und Tiergeographie, Biodiversitätszentren, materielle und kulturelle Inwertsetzung.
- c) Globale Umweltprobleme: Anthropogene Einwirkungen auf Klima, Desertifikation und Biodiversität mit ihren sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen, Prognosemodelle und Lösungsansätze.
- d) Rechtsgrundlagen und internationale Konventionen: Nationale und internationale Rechtsinstrumente, Konventionen zum Arten- und Naturschutz, Biodiversitätskonvention, Naturschutzrelevanz von Handelsabkommen.
- e) Entwicklungspolitische Rahmenbedingungen: Bevölkerungswachstum, Schuldenkrise der Entwicklungsländer, Armut, Gesundheit, Nord-Süd- Gefälle, Handlungsfelder der Entwicklungszusammenarbeit im Naturschutz.
- f) Internationale Finanzierungsinstrumente: Schuldentausch, Umweltfonds, Global Environment Facility, Entwicklungsbanken.
- g) Akteure im internationalen Naturschutz: Staatliche und nichtstaatliche Organisationen, multilaterale Institutionen, informelle Gruppen.
- h) Nutzung von Landschaft und biologischen Ressourcen: Nachhaltige Nutzung, autochthone Nutzungsformen, alternative Nutzung, Ökotourismus, Partizipationsverfahren, intellektuelle Besitzrechte, Nutzungskonflikte (Analyse, Bewertung, Lösung).
- i) Artenschutz: Biologie bedrohter Arten, Gefährdungsursachen, Gefährdungskategorien, ex-situ- und in-situ-Schutz, Wildtiermanagement.
- j) Flächenschutz: Bewertungsverfahren, Schutzgebietskonzepte und Managementkategorien, Entwicklung von Pufferzonen, Kompensationen.

## 9. Nebenfach Geologie/Paläontologie

- a) Kenntnisse der Allgemeinen Geologie, insbesondere exogener Dynamik und Gesteinskunde.
- b) Grundlegende Kenntnisse in der Regionalen Geologie, der Quartärgeologie und der Hydrogeologie.
- c) Grundkenntnisse in der endogenen Dynamik, Sedimentologie und Paläontologie.

#### 10. Nebenfach Umweltethik

- a) Theoretische Umweltethik: Allgemeine Grundlagen und Begründungsfragen.
- b) Wissenschaftshistorie und Wissenschaftstheorie der Ökologie.
- c) Naturphilosophie, philosophische Anthropologie.
- d) Praktische Umweltethik auf den Gebieten Artenerhalt ("Conservation Biology"), Natur- und Umweltschutz, Tierschutz, Naturschutzpolitik, -recht und -pädagogik.

### **§ 34 Diplomarbeit**

(1) Die Diplomarbeit ist eine Prüfungsarbeit, die in der Regel die wissenschaftliche Ausbildung abschließt. Sie soll zeigen, dass der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus seinem Fach selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Die Diplomarbeit kann von einem Professor oder einer anderen, nach Landesrecht prüfungsberechtigten Person betreut werden, soweit diese in einem für den jeweiligen Studiengang relevanten Bereich tätig sind. Soll die Diplomarbeit in einer Einrichtung außerhalb der Universität durchgeführt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

(3) Auf Antrag des Kandidaten wird von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses die rechtzeitige Ausgabe eines Themas für die Diplomarbeit veranlasst; der Antrag ist schriftlich beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen. Die Ausgabe des Themas der Diplomarbeit erfolgt über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Thema und Zeitpunkt der Ausgabe sind aktenkundig zu machen. Dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, für das Thema der Diplomarbeit Vorschläge zu machen. Das endgültige Thema wird dem Zentralen Prüfungsamt bis zu sechs Wochen vor dem Abgabetermin sowohl vom Betreuer als auch vom Studierenden bestätigt. Das Thema der Diplomarbeit soll spätestens sechs Monate nach Beendigung der letzten Fachprüfung ausgegeben werden. Beantragt der Kandidat das Thema später oder nicht, verkürzt sich die Bearbeitungszeit entsprechend. Der Antrag auf Ausgabe der Diplomarbeit muss spätestens 14 Tage vor diesem Zeitpunkt im Zentralen Prüfungsamt vorliegen. Die Fachprüfungsordnungen können nach Maßgabe der Rahmenprüfungsordnungen vorsehen, dass das Thema der Diplomarbeit auch vor

Erbringung der Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 3 ausgegeben werden kann.

(4) Die Diplomarbeit kann auf Antrag der Kandidaten auch in Form einer Gruppenarbeit erbracht werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt. Der von den Kandidaten gemeinsam gestellte Antrag ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten und beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen. Der Prüfungsausschuss entscheidet innerhalb von zwei Wochen. Das Zentrale Prüfungsamt teilt das Ergebnis dem Betreuer und den Kandidaten schriftlich mit.

(5) Die Bearbeitungszeit der Diplomarbeit darf durch Inanspruchnahme eines Urlaubssemesters nicht unterbrochen werden. Wird ein Urlaubssemester nach Zuweisung eines Themas für die Diplomarbeit bewilligt, muss das Thema der Diplomarbeit zurückgegeben werden. Eine durch Inanspruchnahme eines Urlaubssemesters beendete Diplomarbeit gilt als nicht unternommen. Die nochmalige Zuteilung desselben Themas für die Diplomarbeit an den Beurlaubten ist für das gesamte weitere Verfahren ausgeschlossen. Nach dem Ende des Urlaubssemesters findet Abs. 3 Anwendung.

(6) Die Diplomarbeit ist in deutscher oder englischer Sprache abzufassen. Auf Antrag des Studierenden und im Einvernehmen mit dem Betreuer kann der Prüfungsausschuss zulassen, dass die Diplomarbeit in einer anderen Sprache verfasst wird. Der Antrag ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten und beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen. Die Arbeit muss eine Zusammenfassung in deutscher Sprache enthalten.

(7) Die Bearbeitungszeit für die Diplomarbeit beträgt sechs Monate. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Diplomarbeit sind vom Betreuer so zu begrenzen, dass die Frist zur Bearbeitung der Diplomarbeit eingehalten werden kann.

(8) Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Monate der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Ausnahmsweise kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit bei Vorliegen eines wichtigen Grundes auf Antrag des Kandidaten, dessen Genehmigung dem Zentralen Prüfungsamt spätestens am Tage der Abgabe vorliegen muss, um höchstens bis zu drei Monate verlängern. Eine darüber hinausgehende Verlängerung ist in jedem Falle ausgeschlossen. Krankheit gilt nur dann als wichtiger Grund für eine Verlängerung nach Satz 2, wenn die Erkrankung unverzüglich durch ein ärztliches Attest nachgewiesen wird. Ist aufgrund einer ärztlich bescheinigten Krankheit des Kandidaten die Abgabe auch innerhalb der bewilligten Verlängerungsfrist nicht möglich, muss das Thema der Arbeit zurückgegeben werden; diese Arbeit gilt als nicht unternommen. Die nochmalige Zuteilung desselben Themas für die Arbeit an diesen Kandidaten ist für das gesamte wei-

tere Verfahren ausgeschlossen. Abs. 3 findet Anwendung. Der Antrag ist gegebenenfalls mit dem amtsärztlichen Attest an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten und beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen.

### **§ 35**

#### **Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit**

(1) Bei der Abgabe der Diplomarbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, dass er seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit -selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(2) Die Diplomarbeit ist fristgemäß in drei gebundenen Exemplaren beim Zentralen Prüfungsamt der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald einzureichen; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Zwei Exemplare werden den Gutachtern ausgehändigt. Das dritte Exemplar geht nach Ablauf der Widerspruchsfrist in den Bestand der Universitätsbibliothek über, sofern der Kandidat nicht widerspricht. Bei Widerspruch liegt dieses Exemplar zur Abholung im Zentralen Prüfungsamt bereit.

(3) Die Diplomarbeit ist von mindestens zwei Prüfern zu bewerten. Darunter soll der Betreuer der Diplomarbeit sein. (§ 34 Abs. 2 Satz 1). Der zweite Prüfer wird von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmt. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung der Diplomarbeit ergibt sich die Note für die Diplomarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. Weichen die Beurteilungen der Diplomarbeit um 2,3 oder mehr voneinander ab, so bestimmt der Prüfungsausschuss einen dritten Prüfer, der die Note in dem durch die abweichenden Beurteilungen gezogenen Rahmen festsetzt (Stichentscheid), wenn die Prüfer sich nicht einigen oder bis auf weniger als 2,3 annähern können. Die Dauer des Bewertungsverfahrens soll vier Wochen nicht überschreiten.

(4) Für die Diplomarbeit wird eine Gesamtnote gebildet. Dabei erhält die Note für die schriftliche Arbeit die dreifache Wichtung, die Note für die Verteidigung die einfache Wichtung. Ein Viertel der Summe der so gewichteten Note ist die Gesamtnote für die Diplomarbeit.

(5) Stellt bei der Begutachtung der Diplomarbeit nur ein Gutachter einen Täuschungsversuch fest, muss der Prüfungsausschuss einen dritten Gutachter bestellen. Stellt auch diese oder dieser die Täuschung fest, gilt die Diplomarbeit als mit „nicht ausreichend“ bewertet. Im übrigen gilt § 19.

### **§ 36**

#### **Verteidigung der Diplomarbeit**

(1) Die Verteidigung der Diplomarbeit findet innerhalb von vier Wochen nach der Bewertung der Diplomarbeit statt. Die Bewertung der Diplomarbeit ist

dem Kandidaten erst nach der Verteidigung unter Berücksichtigung ihres Ergebnisses mitzuteilen.

(2) Eine Verteidigung findet nur statt, wenn die Arbeit ohne Berücksichtigung der Verteidigung mit mindestens "ausreichend" bewertet wurde.

(3) Die Verteidigung der Diplomarbeit wird in der Regel von den Prüfern nach § 34 Abs. 3 Satz 2 und 3 sowie einem oder zwei Prüfern gemäß § 26 Abs. 1 und Abs. 3 bewertet (Bewertungskommission).

(4) Die Verteidigung der Diplomarbeit besteht aus einem grundsätzlich 15 - 20minütigen Vortrag zu wesentlichen Inhalten der Arbeit und einer anschließenden wissenschaftlichen Diskussion der Ergebnisse und Schlussfolgerungen. Die Dauer der Verteidigung soll 30 Minuten nicht überschreiten. Die Verteidigung der Diplomarbeit ist mit Ausnahme der Notenbekanntgabe öffentlich. Die Öffentlichkeit kann aus wichtigem Grund ausgeschlossen werden.

(5) In die Bewertung der Verteidigung gehen der Vortrag und die Diskussion zu gleichen Teilen ein.

(6) Wird die Verteidigung mit "nicht ausreichend" bewertet, führt dies zu einer insgesamt "nicht ausreichenden" Bewertung der Diplomarbeit. Die Verteidigung kann nur gemeinsam mit der Diplomarbeit einmal wiederholt werden.

### **37 Zusatzfächer**

(1) Der Kandidat kann sich in weiteren Fächern aus Studiengängen an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald einschließlich der Teilfächer der Bachelor- und Masterstudiengänge unterziehen (Zusatzfächer). Es gelten die Prüfungsleistungen und Prüfungsanforderungen der jeweiligen Fachprüfungsordnungen. Die Ergebnisse der Prüfungen in diesen Fächern werden bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

(2) Der Antrag auf Prüfung in einem Zusatzfach ist spätestens mit der Meldung zum letzten Teil der Diplomprüfung (§ 14 Abs. 4) zulässig. Er ist schriftlich beim Zentralen Prüfungsamt der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald einzureichen.

(3) Eine nicht bestandene Prüfung in einem Zusatzfach kann einmal wiederholt werden.

## **§ 38 Diplomgrad**

Aufgrund der bestandenen Diplomprüfung wird der akademische Grad des „Diplom- Landschaftsökologe“ beziehungsweise der „Diplom-Landschaftsökologin“ verliehen.

## **§ 39 Bildung der Gesamtnote und Zeugnis**

(1) Für die Diplomprüfung wird eine Gesamtnote gebildet. Die Gesamtnote errechnet sich entsprechend § 8 Abs. 1 aus den Fachnoten und der Note der Diplomarbeit.

(2) Die Gesamtnote der Diplomprüfung ergibt sich wie folgt:

- Gesamtnote der Diplomarbeit	x 3	(dreifache Wichtung),
- Note Grundlagen des Naturschutzes	x 1	(einfache Wichtung)
- Note Hauptfach	x 2	(zweifache Wichtung),
- Note Nebenfach	x 1	(einfache Wichtung),

-----  
Summe : 7 = Gesamtnote.

(3) Bei überragenden Leistungen in der Diplomprüfung kann das Gesamturteil "mit Auszeichnung bestanden" erteilt werden.

(4) Hat ein Kandidat die Diplomprüfung bestanden, so erhält er unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen über die Ergebnisse ein Zeugnis. In das Zeugnis werden die Noten der Fachprüfungen, das Thema der Diplomarbeit und deren Note sowie die Namen der Prüfer und die Gesamtnote aufgenommen. Gegebenenfalls können ferner die Studienrichtung und die Studienschwerpunkte sowie auf Antrag des Kandidaten die Ergebnisse der Prüfungen in den Zusatzfächern (§ 37) und die bis zum Abschluss der Diplomprüfung benötigte Fachstudiendauer in das Zeugnis aufgenommen werden. Auf Antrag des Kandidaten sind in einem Beiblatt zum Zeugnis die Gesamtnoten des jeweiligen Prüfungsjahrganges (Notenspiegel, Rangzahl) anzugeben. Dieses Beiblatt kann erst nach Abschluss des Studienjahres ausgestellt werden.

(5) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. Es ist von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

(6) Dem Kandidaten ist ein Diploma Supplement auszustellen. Auf Antrag des Kandidaten sollen ihm zusätzlich zur Ausstellung des Diploma Supplements Übersetzungen der Urkunden und Zeugnisse in englischer Sprache ausgehändigt werden.

## **§ 40 Diplomurkunde**

(1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird dem Kandidaten die Diplomurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Diplomgrades beurkundet.

(2) Die Diplomurkunde wird von dem Dekan und von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der Fakultät versehen.

## **Fünfter Abschnitt Schluss- und Übergangsbestimmungen**

### **§ 41 Übergangsregelungen**

(1) Diese Fachprüfungsordnung gilt für Studierende, die nach Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung im Studiengang Landschaftsökologie und Naturschutz immatrikuliert wurden oder in das Hauptstudium eintraten.

(2) Diese Fachprüfungsordnung, die bei Immatrikulation der Studierenden oder bei Eintritt in das Hauptstudium noch nicht in Kraft getreten war, findet ausnahmsweise vollständige Anwendung, wenn der Studierende dieses beantragt. Ein Antrag nach Satz 1 ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten, beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen und bei der Meldung zur Prüfung vorzulegen. Der Antrag ist unwiderruflich.

(3) Studierende, die nicht unter Absatz 1 fallen, unterliegen der bisherigen Prüfungsordnung vom 8. Oktober 1998, zuletzt geändert am 16. Mai 2001. Dies gilt auch für Studierende, die dieser Ordnung nicht unterlagen mit der Maßgabe, dass die Frist gemäß § 16 Abs. 2 mit Ablauf des Semesters endet, in dem diese Prüfungsordnung in Kraft tritt. Diese Studierenden werden vom zentralen Prüfungsamt entsprechend informiert.

(4) Die Übergangsregelung gilt bis zum 31. März 2008. Zu diesem Zeitpunkt tritt die bisherige Prüfungsordnung vom 8. Oktober 1998, zuletzt geändert am 16. Mai 2001 außer Kraft.

### **§ 42 Inkrafttreten**

Diese Fachprüfungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses der Studienkommission des Senats vom 30. März 2005, der mit Beschluss des Senats vom 17. März 2004 gemäß §§ 81 Abs. 7 LHG und 20 Abs. 1 Satz 2 Grundordnung die Befugnis zur Beschlussfassung verliehen wurde, und der Genehmigung des Rektors vom 20. April 2005, sowie nach ordnungsgemäßer Durchführung des Anzeigeverfahrens gem. § 13 Abs. 2 LHG (Schreiben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 4. Juli 2005, Az.: VII 300 c 3152-01/032).

Greifswald, 20. April 2005

Der Rektor  
der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald  
Universitätsprofessor Dr. rer. nat. Rainer Westermann

Veröffentlicht im Mitteilungsblatt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern \_\_\_\_\_.